

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10/2016 vom 16. Dezember 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Matthias Wiedmer Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni

Entschuldigt

Schluss der Sitzung 19:00 Uhr

Der Stadtratspräsident Matthias Wiedmer eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Alice Kropf (SP) gibt eine persönliche Erklärung zum Beratungsablauf der letzten Stadtratssitzung ab. Der Ordnungsantrag auf Diskussionsabbruch war politisch höchst fragwürdig. Sie schätzt die Stadtratskultur, in der Voten angehört und Meinungsverschiedenheiten mit Argumenten ausgetragen werden. Unter dem Ordnungsantrag auf Diskussionabbruch leidet die Stadtratskultur, was nicht in ihrem Interesse ist. Zu einer Demokratie gehören auch die Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit. In Stadtratsdebatten sind manchmal Voten nicht zufriedenstellend, jedoch besteht die Möglichkeit, mit besseren Argumenten zu kontern. Sie appelliert an alle, die dem Antrag auf Diskussionsabbruch zugestimmt haben, sich die Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit zu Herzen zu nehmen.

Der Stadtratspräsident beantragt, Traktandum 1 und 2 zusammen zu behandeln.

Der Antrag wird vom **Rat** stillschweigend genehmigt.

80. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 17. November 2016

Das Protokoll wird vom **Rat** stillschweigend genehmigt.

81. Interpellation I 13/2016 betreffend einem Darlehen zugunsten des FC Thun zur Überdeckung des finanziellen Engpasses in der laufenden Rechnung

Peter Aegeter (BDP), Lukas Lanzrein (SVP), Piero Catani (SP), Mark van Wijk (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. November 2016; dringliche Beantwortung

82. Finanzielle Unterstützung der FC Thun AG

Gewährleistung eines Überdeckungsdarlehens in der Höhe von maximal 500'000 Franken an die FC Thun AG als einmalige Rettungsaktion

Bericht des Gemeinderates Nr. 29/2016

Stadtpräsident Raphael Lanz ist überzeugt, dass ausserordentliche Situationen ausserordentliche Massnahmen erfordern. Er bedankt sich beim Stadtrat für das kritische Interesse. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Er erläutert das Geschäft. Eine hohe Transparenz ist in diesem Geschäft wichtig, um eine gute Grundlage für den Entscheid zu haben. Für die Stadt und die Steuerzahlenden bestehen zwei Hauptrisiken. Einerseits besteht die Gefahr, dass das neue Stadion nach und nach verbraucht wird, ohne dass die notwendigen Rückstellungen gemacht werden. Im Frühling wurde deshalb mit der FC Thun AG, den Investoren und der Genossenschaft ausgehandelt, dass regelmässig in den Erneuerungsfonds eingezahlt wird. Die Stadt hat Kontrollmöglichkeiten, um zu überprüfen, ob die Zahlungen eingegangen sind, und es wurden auch entsprechende Sicherungen vereinbart. Dieses Risiko wurde also minimiert. Das zweite Risiko besteht darin, dass die Betriebskosten des Stadions nicht gedeckt werden können. Die finanziellen Schwierigkeiten des FC Thun wurden ernst genommen und extern geprüft. Die höheren Beiträge der Liga und die neue Stadionvermarktung führen voraussichtlich zu mehr Einnahmen. Ein Konkurs der FC Thun AG hätte ein leeres Stadion zur Folge. Die Stadt wäre unter Druck, das Stadion selber zu mieten. Die Wertschöpfung durch den FC Thun würde wegfallen. Zudem würde der Nachwuchsbereich darunter leiden. Auch hier wäre die Stadt Ansprechpartnerin für Lösungen und Mitfinanzierungen. Des Weiteren bedeutet der Konkurs der FC Thun AG ein Imageschaden für die Stadt. Laut der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ist der FC Thun der sympathischste Verein in der Super League. Dieser Sympathieträger würde bei einem Konkurs gegen einen Imageverlust eingetauscht. Er warnt vor dem beträchtlichen Schaden, der für die Stadt und Bevölkerung entstehen könnte. Die Stadt sollte sich trotz dem Grundsatz, dass der Betrieb nicht durch die Stadt finanziert werden kann, engagieren. Das Problem des Spendenaufrufs bestand darin, dass kein

Wirtschaftsunternehmen den ersten Schritt machen wollte. Der Gemeinderat hat sich dazu entschieden, mit gutem Beispiel voranzugehen, um den Unternehmen Sicherheit zu geben. Da das erwartete Engagement von der Wirtschaft und Gesellschaft gekommen ist, sollte nun das Darlehen gesprochen werden. Damit wird die Unsicherheit, die nach wie vor für einige Betriebe und Private besteht, aus dem Weg geräumt und damit weitere Spenden ausgelöst. Der Gemeinderat glaubt an das Gelingen der Rettungsaktion. Er bittet den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist mit der Antwort nur teilweise zufrieden und wünscht eine Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Thomas Hiltbold, **SAKO P+F**, wurde gemeinsam mit der SAKO BiSK vertieft über das Geschäft informiert. Persönliche Haltungen sind in diesem Geschäft entscheidend. Da sich in der Fraktion mit 5 Zustimmungen, 4 Ablehnungen bei 5 Enthaltungen keine klare Haltung feststellen liess, verzichtet er auf die Ausführung der gefallenen Argumente.

Es handelt sich, so Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, um ein ordnungspolitisch und emotional schwieriges Geschäft. Egal, wie entschieden wird, falsch ist es sowieso. Seit der Bekanntgabe des Darlehens sind viele Emotionen im Spiel gewesen. Die Fraktion hat sich intensiv mit dem Geschäft befasst. Die Diskussion musste so geführt werden, um möglichst viel Transparenz in das Geschäft zu bringen. Auch ein anderer Weg wäre denkbar gewesen. Die Fraktionen hätten früher mit ins Boot geholt werden können. Dadurch hätten sie mehr Sachkenntnis gehabt und die Informationen nicht erst durch die Presse erfahren. Dies hätte zu weniger konfrontativen Diskussionen geführt. Die Fraktion ist nicht mit allen Antworten des Gemeinderates zufrieden. Die Antwort auf die Frage 2.3 sagt nichts aus. Es reicht der Fraktion nicht, davon auszugehen, dass alles gut kommt. Möglicherweise könnte die Rückzahlung mit einem künftigen Transfererlös gekoppelt werden. Bei der Antwort auf die Frage 2.4 wird die unklare Haltung des Gemeinderates kritisiert. Die Antworten auf die Fragen 5 bis 7 sind fraglich betreffend Klarheit und Aussagekraft. Die Antwort auf die Frage 10 zeigt auf, wie vielfältig sich die Stadt Thun im Breitensportbereich betätigt. Es wird darauf verwiesen, dass der Gemeinderat betreffend ungleicher Behandlung von Baurechtlehern für Sportbauten, die sich nicht auf städtischem Boden befinden, kein Zeichen setzen wollte, indem er das Postulat vom 1.4.2015 zur Ablehnung empfohlen hat. In der Thuner Bevölkerung sind viele unterschiedliche, positive wie auch negative Meinungen zu hören. Einerseits ist die Fraktion der Überzeugung, dass man nach dem Grundsatz der Güterabwägung zu einem Entscheid kommen soll. Andererseits soll eine möglichst hohe Transparenz geschaffen werden. Der Informationsanlass vom 6. Dezember 2016 war deshalb ein wichtiger Mosaikstein. Der Auftritt des Präsidenten der FC Thun AG wirkte souverän und glaubwürdig. Die Gründe für die fehlenden Finanzen sind nachvollziehbar. Der neue Verteilschlüssel der Liga-Gelder weist darauf hin, dass in der nächsten Saison mehr Geld zur Verfügung steht. Der FC Thun leistet gute Arbeit und muss in einer Notsituation wirtschaftlich gestärkt werden. Die Fraktion glaubt daran, dass der FC Thun weiterhin in der Super League Fussball spielt und das Darlehen zurückzahlen kann. Die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, informiert über die intensiven Diskussionen, die das komplexe Geschäft verursacht hat. Lange war in der Thuner Politik der Grundsatz gültig, dass der Profisport nicht mit Steuergeldern unterstützt werden soll. Die Fraktion vertritt eine Politik, die auf Eigenverantwortung und privater Initiative basiert. Die Politik hat in diesem Geschäft ihre Verantwortung wahrgenommen. Am Informationsabend hat der Präsident der FC Thun AG Fragen detailliert und souverän beantwortet. Zudem gab es eine umfassende Dokumentation und Akteneinsicht. Die Thuner Politik hat keinen Aufwand gescheut, Klarheit und Transparenz zu schaffen. Es wäre wünschenswert, wenn auch andere Geschäfte so kritisch betrachtet würden. Ausserordentliche Situationen erfordern einmalige und ausserordentliche Massnahmen. Es stellt sich die Frage, was mit dem Stadion und der Nachwuchsabteilung passiert. Es ist zudem fraglich, ob der Stadtrat die Verantwortung für den Konkurs der FC Thun AG übernehmen möchte. Die Fraktion hat sich überzeugen lassen, dass es sich um eine einmalige Unterstützung handelt und der FC Thun alles daransetzen wird, das Darlehen zurückzuzahlen. Die Fraktion folgt mit einigen Enthaltungen dem Antrag des Gemeinderates. Die Verantwortung liegt nun beim FC Thun. Die Fraktion hat sich nach ihrem Motto der „Eigenverantwortung“ dazu entschieden, einen Beitrag in Form von 14 neuen Aktionärinnen und Aktionären zu leisten.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und dem Präsidenten der FC Thun AG für die umfangreichen Unterlagen und die Geduld bei der Beantwortung der Fragen. Er vertritt die Mehrheit der Fraktion, die für das Darlehen stimmt. In Bezug auf die Jugendförderung leistet der FC Thun vorbildlich viel. Ein Verlust des FC Thun wäre schade. Aus diesem Grund soll der Profifussballverband in diesem Fall durch Steuergelder unterstützt werden. Das Risiko besteht, dass das Darlehen nicht zurückgezahlt werden kann. Die Mehrheit der Fraktion hofft, dass der FC Thun seine Chance packt und in Zukunft seinen Betrieb sicherstellen kann. Es besteht viel Hoffnung in das Darlehen und in die Zukunft des FC Thun. Der Spendenparameter hat gezeigt, dass der FC Thun grossen Rückhalt in der Bevölkerung hat. Die gesamte Fraktion ist der Meinung, dass der FC Thun finanziell längerfristig nicht durch die Stadt unterstützt werden kann. Aus diesem Grund wird erwartet, dass in Zukunft keine öffentlichen Gelder mehr benötigt werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, spricht für Teile der Fraktion. Die umfassenden Informationen und Grundlagen sowie der Auftritt des Präsidenten der FC Thun AG waren hilfreich. Die Stadt Thun unterstützt dann, wenn ein öffentliches Interesse besteht und es keine anderen Lösungen gibt. Es wird auf das Sportleitbild verwiesen, welches eine Unterstützung von Sportvereinen, die für die Stadt Thun und die Region ein positives Image produzieren, vorsieht. Unterstützt wird vor allem der Breitensport, aber auch der Leistungs- und Spitzensport. Diese rechtlichen Grundlagen ermöglichen ein Darlehen. In der Sportstadt Thun wird in Millionen in den Sport investiert. Der Profisport wurde früher auch schon unterstützt. Es wird an das öffentlich finanzierte Lachenstadion erinnert, dem im 2002 ein Kredit zur Sanierung ausgesprochen wurde. Der Spitzensport hat eine Strahlkraft weit in den Breitensport hinein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration, zum Stadtmarketing und zur Tourismusförderung. Die höheren Gelder der Liga, die gewachsene Solidarität und die neue Vermarktung des Stadions sind ein hoffnungsvoller Ausblick. Beim FC Thun handelt es sich um einen erfolgreichen Verein mit einem kleinen Budget. Das Geld wird sinnvoll investiert. Der FC Thun verursacht viel Freude und Emotionen und trägt zu einem positiven Bild der Stadt Thun bei. Der FC Thun soll deshalb unterstützt werden. Das Darlehen ist gerechtfertigt und nötig. Teile der Fraktion stimmen dem Darlehen mit Überzeugung zu.

Es handelt sich um ein Geschäft, so Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, das sich nicht mit blossen Fakten und Zahlen entscheiden lässt. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe umfangreich und sorgfältig erledigt. Die Diskussionen innerhalb der Fraktion drehten sich weniger um den FC Thun an sich, als um die Frage, ob eine Finanzspritze überhaupt etwas nütze. Diverse kritische Fragen, wie beispielsweise auf allfällige weitere finanzielle Anfragen von anderen Vereinen gegebenenfalls reagiert werden sollte, haben zu einer Spaltung innerhalb der Fraktion geführt. Stadtrat Baumann-Fuchs vertritt die knappe Mehrheit der Fraktion. Die Frage, ob die öffentliche Hand Gelder für solche Angelegenheiten geben soll, dürfte gar nicht erst gestellt werden. Die Frage suggeriert, dass es sich dabei um etwas Aussergewöhnliches handle, obwohl dies durch angepasste Tarife, die Nutzungen von Infrastrukturen, Kulturveranstaltungen etc. bereits geschieht. Auch andere profitieren von öffentlichen Geldern. Ob die öffentliche Hand Gelder zusprechen darf, sollte im Allgemeinen und nicht spezifisch auf den FC Thun diskutiert werden. Mehr Transparenz auch bei den Vergaben der Stadt (Geld wie Leistungen) an andere Vereine usw. hätte dem vorliegenden Geschäft zu weniger langen Diskussionen geführt. Nicht alle Fragen können beantwortet werden. Es handelt sich um eine Frage des Vertrauens und der Hoffnung. Der FC Thun macht seine Aufgaben gut, leidenschaftlich, engagiert und hat eine sympathische Ausstrahlung. Die knappe Mehrheit der Fraktion unterstützt das Darlehen nach einer umfangreichen Faktenprüfung mit Überzeugung.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, vertritt die Minderheit der Fraktion, die das Darlehen ablehnt. Dabei handelt es sich weder um ein Votum gegen den FC Thun, für den grosse Sympathien vorhanden sind, noch um ein Misstrauensvotum gegenüber der Führung des FC Thun. Zudem soll dem Gemeinderat nicht unterstellt werden, die Sache nicht gut gemacht oder ungenügend geprüft zu haben. Die Entscheidung des Gemeinderates ist nachvollziehbar. Nachfragen in der Bevölkerung haben gezeigt, dass beide Meinungen vorhanden sind, zum Teil aber mehr Leute gegen eine finanzielle Unterstützung des FC Thun sind. Mit dem Darlehen wird dem FC Thun Risikokapital zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf die Ausgaben in den nächsten Jahren wird sich die Stadt Thun fast um das Doppelte verschulden. Abgesehen von den höheren Ligageldern sind alle Sicherheiten auch mit Unsicherheiten belastet. So ist beispielsweise unklar, ob die Vermarktung des Stadions wirklich klappt oder die Besucherzahl tatsächlich steigt. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, solche Gelder zu sprechen. Jedem Einzelnen ist freigestellt, seinen Beitrag zu leisten. Es gibt Alternativen zur Rettung des FC Thun. Mit dem Darlehen wird ein falsches Sig-

nal an Firmen und Organisationen in Not gesendet. Eine potenzielle Ungleichbehandlung wird geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um die Frage, ob der Nachwuchs gerettet werden soll, sondern um die Frage, ob dem FC Thun ein Darlehen gewährt werden soll, handelt. Die Nachwuchsförderung ist eine gute Sache. Bedingung dafür ist jedoch, dass der FC Thun weiterhin in der Super League spielt, was fraglich ist. Auch das Stadion funktioniert nur durch den FC Thun als Mieter. Ein Abstieg des FC Thun würde die Stadionfrage erneut aufwerfen. Der Einsatz von Steuergeldern zur Rettung des FC Thun liegt nicht im Aufgabenbereich der öffentlichen Hand. Die Minderheit der Fraktion ist überzeugt davon, dass die Bevölkerung ihren Beitrag leisten wird.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, vertritt den Teil der Fraktion, der das Darlehen ablehnt. Im 2006 wurde eine Mitfinanzierung des Stadions von der Bevölkerung abgelehnt. Das Geschäft wird erläutert. Auch heute wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung gegen eine finanzielle Unterstützung ist. Der Gemeinderat hat genügend und umfassend informiert. Man geht jedoch von Annahmen und Zahlen aus, die den ganzen Kanton und nicht spezifisch die Stadt Thun betreffen. Daher ist unklar, welche Wertschöpfungen und Gelder generiert werden. Die Stadt leistet durch jährliche Sicherheitsvorkehrungen in der Höhe von 700'000 Franken bereits einen grossen Beitrag, mit dem viele Bürgerinnen und Bürger nicht einverstanden sind. Zudem wird kritisiert, dass die Lizenzkommission der Super League bei der Prüfung der Liquidität bis Saisonende keine Fragen aufgeworfen hat. Betreffend Imageverlust der Stadt wird an den Bankkonkurs vor 25 Jahren erinnert, bei dem viele Private und Kleinunternehmen in grosse finanzielle Schwierigkeiten kamen. Damals gab es keine finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Der FC Thun als kommerzielles Unternehmen, der ein gewisses Geschäftsrisiko eingeht, sollte nicht in diesem Ausmass unterstützt werden. Das Risiko besteht, dass der FC Thun im Frühling von der Super- in die Challenge League absteigt. Es ist fraglich, ob der Verein in der Challenge League weiterbestehen und die Gelder zugesprochen würden.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, erinnert an das Budget der Stadt Thun, dass wenig Freiraum für Ausgaben bietet. Die Rettung eines Fussballclubs ist kein Kerngeschäft der Stadt. Es stellt sich die Frage, warum eine halbe Million Franken für ein Darlehen ausgegeben werden soll, bei dem die Rückzahlung mehr als fraglich ist. Keine Bank ist bereit, dem FC Thun einen Kredit zu gewähren. Zudem wurde ein Rangrücktritt vereinbart. Es ist fraglich, wie der FC Thun an die weitere Million, die für die Rettung benötigt wird, gelangen soll. Es besteht ein strukturelles Problem in der Finanzierung des FC Thun. Zudem ist nicht klar, was mit dem Geld bei einem Abstieg in die Challenge League geschieht. Das Risiko einer Abschreibung des Darlehens ist gross. Der Fussball in der Super League erreicht eine hohe Besucherzahl und ist medienwirksam. Andererseits trägt die Stadt das Risiko eines beträchtlichen Imageschadens durch die Ausschreitungen und Hooligans. Dies verursacht hohe Sicherheitskosten. Fussballfans können sich aus Sicht der Polizei mehr erlauben als andere. Mit Wacker Thun hat Thun bereits einen erfolgreichen Verein in der obersten Liga, der als Werbebotschaft sauberer, sympathischer und ohne Skandale und Finanzprobleme ist. Mit einem einmaligen Darlehen kann der FC Thun nicht längerfristig unterstützt werden. Die Minderheit der Fraktion lehnt das Darlehen ab.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die vielen Fragen eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema zeigen. Er dankt allen Beteiligten für die dringliche Interpellation. Ein grosser Bevölkerungsteil ist für das Darlehen und beteiligt sich aktiv daran. Ordnungspolitisch kann der Entscheid problematisch und falsch sein. Die Fraktion will sich nicht nachsagen lassen, dass kein Versuch zur Rettung des FC Thun unternommen wurde. Der FC Thun ist ein Rettungsversuch wert. Die Fraktion wünscht dem FC Thun eine erfolgreiche sportliche und finanzielle Zukunft.

Der Stadtpräsident dankt für die differenzierten Voten. Er verweist auf die Zeitknappheit in dem Geschäft. Ein Vorabgehen war nötig, um einen Dominoeffekt erzielen zu können. Die Transparenz wurde dann hergestellt. Eine Sicherstellung der Rückzahlung mit künftigen Transfererlösen würde nicht funktionieren, weil damit auf der einen Seite etwas gegeben würde, um es auf der anderen Seite gerade wieder zu nehmen. So könnte der FC Thun gegenüber der Liga auch nicht die notwendige Bilanz vorweisen. Der Gemeinderat wollte transparent sein und keine solchen internen Abreden treffen. Dass es sich bei der Unterstützung nicht um ein längerfristiges Engagement, sondern um eine einmalige aussergewöhnliche Situation handelt, ist für den Gemeinderat und die Verantwortlichen der FC Thun AG klar. Bei dem Darlehen handelt es sich tatsächlich um Risikokapital. Allerdings werden die beträchtlichen Risiken für die Stadt aber gerade durch die Darlehensgewährung auch minimiert. Wenn nichts unternommen wird, wird

die Situation für die Stadt noch unsicherer. Betreffend Ungleichbehandlung pflegt die Stadt Thun ein sehr gutes Verhältnis zu anderen Vereinen. Er wehrt sich dagegen, die verschiedenen Parteien gegeneinander auszuspielen. Die verschiedenen Ausgangslagen müssen einzeln betrachtet und gewürdigt werden. Bei Wacker Thun handelt es sich beispielsweise um eine andere Ausgangslage als beim FC Thun, da dieser in einer städtischen Halle spielt. Der Nachwuchs und der FC Thun sind eine Organisation. Von einem Konkurs wären alle betroffen. Der Gemeinderat und alle Verantwortlichen ärgern sich über die Ausschreitungen an den Fussballspielen. Hier sollte häufiger und besser durchgegriffen werden. Die Politik soll aber nicht durch diese kleine Minderheit bestimmt werden. Es ist bekannt, warum die finanziellen Mittel der FC Thun AG fehlen. Die rechtzeitige Feststellung des finanziellen Engpasses spricht in finanzieller und betrieblicher Hinsicht für die Seriosität der Führung des FC Thun. Alle geforderten Dokumente wurden eingereicht und den Kommissionsmitgliedern vorgelegt. Er dankt den Verantwortlichen der FC Thun AG für die gute Zusammenarbeit. Es geht jedoch nicht nur um den FC Thun, sondern um das Gesamtsystem. Er dankt auch denjenigen, die sich im Breitensport engagieren. Er appelliert an all diejenigen, die bisher noch unsicher waren, solidarisch zu sein und sich zu beteiligen.

Der Rat genehmigt mit 30 : 8 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe e der Stadtverfassung, auf Artikel 13 der Verordnung über die Förderung des Sports in der Stadt Thun sowie auf Ziffern 3.4 und 3.5 des Sportleitbildes der Stadt Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 25. November 2016, beschliesst:

1. Genehmigung eines rückzahlbaren, zinsfreien Darlehens, nötigenfalls mit Rangrücktritt, in der Höhe von maximal 500'000 Franken an die FC Thun AG.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

83. Postulat P 4/2016 betreffend gleichlange Spiesse für den Handel in Parkierungsfragen: Grundsatzvereinbarung zwischen Thun und den Nachbargemeinden mit Grossverteilern

Fraktion Grüne vom 3. Juni 2016; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Geschäfts. Hintergrund des Vorstosses ist das Baugesuch von Coop Strättligenmarkt, welches eingereicht wurde, um kostenlose Parkplätze zu ermöglichen. Dadurch wird eine grosse Ungleichbehandlung geschaffen. In der Innenstadt werden Parkgebühren erhoben, während die Einkaufszentren am Rande der Stadt kostenlose Parkplätze anbieten. Für die Kunden ist dies unverständlich. Einige Läden wie beispielsweise Aldi und Lidl nutzen die Gesetzeslücken, um kostenlose Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Es gilt in Thun der Grundsatz, dass Parkplätze gebührenpflichtig sind. Es soll jedem freigestellt werden, welche Verkehrsmittel für den Einkauf benutzt werden. Da es aber Leute gibt, die weite Strecken zurücklegen, nur um keine Parkgebühren bezahlen zu müssen, stellt sich die Frage, ob die Politik unnötigen Verkehr fördern will. Dies könnte durch Massnahme in Form von einer Parkplatzregelung gelenkt werden. Es wird auf die Stadt Biel verwiesen, die mit den umliegenden Grossverteilern eine Vereinbarung getroffen hat. Die Fraktion würde ein solches Vorgehen für Thun begrüßen. Der Gemeindepräsident von Heimberg unterstützt das Vorhaben. Thun sollte ein Zeichen setzen. Die Gemeinden würden nachziehen. Der Gemeinderat wird dazu aufgefordert, sich im Rahmen des Massnahmenblattes des RGSK, das eine Vereinheitlichung der Parkplatzbewirtschaftung vorsieht, für das Geschäft einzusetzen.

Michael Dähler, **SVP/FDP-Fraktion**, hat Sympathien für den Vorstoss. Die Geschäfte in der Innenstadt liegen vielen Fraktionsmitgliedern am Herzen. Grundsätzlich sollen Eigentümer selbst entscheiden können, ob und wie viel sie für einen Parkplatz verlangen. Der freie Markt bestimmt. Es ist nicht richtig, dass einzelne Geschäfte dazu gezwungen werden, eine Parkgebühr zu verlangen. Es wird vermutet, dass bei dem Vorstoss nicht nur gleich lange Spiesse hergestellt werden sollen, sondern kostenlose Parkplätze im

Allgemeinen abgeschafft werden sollen. Der Gemeinderat soll Verhandlungen mit umliegenden Grossverteilern führen, wenn er dies für nötig hält, auch ohne Einwilligung des Stadtrates. Die Fraktion stimmt dem Postulat mit unterschiedlich grosser Begeisterung zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat im Rahmen des RGSK für eine gezielte und koordinierte Regelung der Parkplatzbewirtschaftung einsetzt. Die Fraktion findet es störend, dass Aldi, Lidl und allgemein grössere Einkaufszentren gratis Parkplätze anbieten können. Die Parkplatzbewirtschaftung ist wichtig, um einen Mehrverkehr sowie die Benachteiligung für innenstädtische Gewerbe verhindern zu können. Die Stadt Thun ist als Mitaktionärin der Parkhaus Thun AG an einer einheitlichen Lösung interessiert. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat an.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, begrüsst ein regionales Parkplatzkonzept. Es stellt sich die Frage, wie innerstädtisch gleich lange Spiesse für alle Grossverteiler hergestellt werden können. Es wird vorgeschlagen, die Parkplatzfrage innerhalb der Ortsplanungsrevision zu überdenken. Die Fraktion wünscht sich innerstädtisch eine gesamthaft gerechte Lösung und nimmt das Postulat an.

Jonas Baumann-Fuchs (EVP) informiert über die Beweggründe von Coop Strättligenmarkt. Er war bei der Sitzung dabei. Das Problem lag darin, dass einige Leute auf dem Trottoir parkierten, um Parkgebühren zu sparen. Es geht nicht primär um eine Ungleichbehandlung, sondern vielmehr darum, mit Kurzzeitparkplätzen den Verkehr im Quartier zu regeln.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt dem Rat für den Auftrag. Der Gemeinderat muss bei Einschränkungen im freien Markt abschätzen, was im öffentlichen Interesse ist. Die Bewirtschaftung von Parkplätzen hat eine lenkende Wirkung. Es wird richtiggestellt, dass die Höhe der Parkgebühren nichts mit der Grösse des Geschäfts, sondern mit den fehlenden gesetzlichen Grundlagen zu tun hat. Eine gesetzliche Grundlage auf kantonaler Ebene durch das Baugesetz war nicht möglich. Die Bewirtschaftungsvorgaben entstehen in Form von Einzellösungen in den Infrastrukturverträgen oder durch Einsprachen in Baubewilligungen. Es handelt sich also nicht um eine Gesetzeslücke, sondern um fehlende Vereinbarungen und Einsprachen. Die Parkplatzbewirtschaftung fällt im gesamtschweizerischen behördenverbindlichen Agglomerationsprogramm unter die Massnahme „Lenkung des Verkehrs“. Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe „Mobilität und Energie“ und der Region soll nach Möglichkeiten gesucht werden. Der Gemeinderat prüft den Vorstoss und gibt den Auftrag an die neue Arbeitsgruppe weiter.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, korrigiert betreffend Gesetzeslücke. Je nach Verkaufsfläche wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung benötigt und ein Fachbericht erstellt. Im Rahmen einer Einsprache können dann Massnahmen verlangt werden. Geschäfte wie Aldi und Lidl können die UVP-Pflicht aufgrund ihrer kleinen Verkaufsfläche bewusst umgehen. Die Fraktion freut sich über die Unterstützung des Rats. Die öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt sind gebührenpflichtig. Innenstadtgeschäfte haben deshalb keine Wahl. In Gesprächen mit Coop Strättligenmarkt wurde über die Falschparkierenden informiert. Allerdings konnte keine genaue Zahl genannt werden. Die Wirkung einer Massnahme müsste kontrolliert werden.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest die Demissionsschreiben von Stadträtin Christine Buchs (FDP) und Stadtrat Simon Schweizer (SVP) vor, welche auf den 31. Dezember 2016 aus dem Rat zurücktreten.

Der Stadtratspräsident dankt Stadträtin Christine Buchs und Stadtrat Simon Schweizer für ihren Einsatz im Stadtrat und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. (Applaus)

Der Stadtratspräsident hält zum Abschluss seines Präsidialjahres fest, dass die Ziele immer erreicht wurden, auch wenn es sich im Stadtrat häufig um dieselben Themen handelt. In dem vergangenen Jahr konnte er viele spannende Begegnungen erleben. So durfte er beispielsweise eine Delegation von Japan begleiten, eine Begrüssung an der Tagung der Vereinigung der schweizerischen Stadtgärtnerei- und Gartenbauämter halten und wurde an viele Anlässe eingeladen. Dabei konnte er feststellen, dass die Leute

an Thun mit der Altstadt, den Bergen, dem See und den Menschen grossen Gefallen gefunden haben. Es handelt sich um eine lebenswerte Stadt. Auch der Ratsbetrieb war für ihn äusserst spannend. Als Stadtratspräsident konnte er sogar einen Stichentscheid fällen. Das Klima zwischen dem Gemeinde- und dem Stadtrat, aber auch zwischen den einzelnen Fraktionen ist gut, auch wenn man nicht immer gleicher Meinung ist. Weniger glücklich war er über einzelne sehr lange Voten. Er bedankt sich beim Gemeinderat, dem Stadtschreiber, der Stadtverwaltung, dem Stadtratssekretariat und allen Ratsmitgliedern für die tatkräftige Unterstützung. Er wünscht allen schöne Festtage. (Applaus)

Eingänge

- Postulat P 15/2016 betreffend Poststellenschliessungen in der Stadt und Region Thun; Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. Dezember 2016
- Interpellation I 16/2016 Fraktion Grüne betreffend Thun als Olympiadorf? – Olympische Winterspiele «2026. Les Jeux Swiss Made»; Fraktion Grüne vom 16. Dezember 2016

Verschiebungen

Auf die nächste Stadtratssitzung wird verschoben:

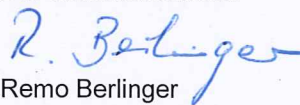
- Interpellation I 11/2016 betreffend Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Thun
- Interpellation I 9/2016 betreffend „thun! das magazin“
- Interpellation I 110/2016 betreffend neuer Abfallsammelhof im Lerchenfeld

Der Stadtratspräsident



Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär



Remo Berlinger